Das deutsche Missionswerk der Gegenwart im Lichte des Völkerrechts

Von Dr. Theodor Grentrup S. V. D., Berlin.

Der Weltkrieg 1914/18 schlug dem Missionswerk tiefe Wunden. Den unvermeidlichen Schwierigkeiten, die jeder Völkerkonflikt verursacht, wurden neue Übel hinzugefügt. Die ganze Schwere der Kriegsfolgen traf den deutschen Anteil der Weltmission¹. Alle wahren Missionsfreunde und nicht minder die Neuchristen in den Kolonien und sonstwo wünschen sehnlichst, daß sich solche Katastrophen nicht wiederholen. Auch die betreffenden Regierungen werden vielleicht glücklich sein, wenn sie sich nicht ein zweites Mal mit feindlichen Maßnahmen gegen ein Werk der Religion und Kultur zu belasten brauchen. Darum sei eine kurze Erörterung dieser Frage gegeben, wobei das Völkerrecht in den Vordergrund gerückt wird.

1. Prüfen wir zunächst die völkerrechtliche Linie hinsichtlich der Missionen seit der berühmten Kongo-Akte, die 1884/85 auf der Berliner Konferenz vom „Areopag der zivilisierten Welt“ (George Goyau) verfaßt und gezeichnet wurde². Durch den 6. Artikel verpflichteten sich die 14 Staaten der Konferenz, im konventionellen Kongo Becken (ganz Zentralafrika von Ozean zu Ozean) „ohne Unterschied der Nationalität und des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und charitativen Einrichtungen und Unternehmungen zu schützen und zu begünstigen“, die sich die sittliche und materielle Hebung der Eingeborenen zur Aufgabe stellten. Die christlichen Missionare, die Gelehrten und Forscher sollten sich eines „besonderen Schutzes“ erfreuen. Wie der Text deutlich erkennen läßt und wie es von neuzeitlichen Staaten nicht anders zu erwarten ist, war die Triebfeder der großzügig gewährten Missionsfreiheit nicht der religiöse Eifer, sondern die Sorge um das irdische Wohlergehen der primitiven Eingeborenen. Gerade deshalb, weil die Staatsmänner damals rein menschlich-zivilisatorisch dachten, ist ihr Urteil über den Kulturwert der missionarischen Tätigkeit von Bedeutung. Daß die christlichen Missionare beider Konfessionen die in sie gesetzten Hoffnungen nicht getäuscht haben, darf unwidersprochen festgestellt werden. Die Pflege echter Seelenkultur, die Bildungsstätten und charitativen Einrichtungen in Zentralafrika (wie in anderen Ländern mit kulturarmen Völkern) ist ganz überwiegend das Werk der Missionen. Es kommt

¹ In den Jahrgängen der Missionszeitschriften 1914/19 vermerkt. Zusammenfassend J. Schmidlin, Das deutsche Missionswerk der Gegenwart, Münster 1929.

² Grentrup, Missionsfreiheit nach den Bestimmungen des geltenden Völkerrechts, Berlin 1928, S. 75 ff. George Goyau, La condition internationale des Missions catholiques, Paris 1930, p. 84 ss. M. Bierbaum, Mission und Völkerrecht, in: ZM. 1933, S. 289—307.

hinzu, daß auch der zweite Zweck der Kongo-Akte im 6. Artikel, nämlich die Aufhellung der Länder und Völker des dunklen Erdteils durch „Forscher und Gelehrte“ in erster Linie von den Missionaren verwirklicht wurde. Die ethnologischen, anthropologischen und linguistischen Forschungen in Zentralafrika sind etwa zu 80 Proz. von katholischen und protestantischen Missionaren durchgeführt worden. Je entschiedener darum die Pflicht betont wird, daß die Kulturvölker für die Entwicklung und das Wohlergehen der primitiven Völker verantwortlich sind, um so mehr muß es den betreffenden Kreisen am Herzen liegen, über alle politischen Wirren hinweg die segensreiche Arbeit der Missionare zu sichern.

Eine Ergänzung empfing der Missionsartikel der Kongo-Akte durch den 1. und 2. Artikel der Generalakte der Brüsseler Antisklavereikonferenz vom 2. Juli 1890. Die Missionstätigkeit wurde als eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Sklavenhandels in Innerafrika bezeichnet und darum unter den Schutz der Signarmächte genommen. Auch hier spielt die Nationalität der Missionare keine Rolle, sie sollen alle zugelassen werden, das Augenmerk richtet sich einzig auf den Vorteil, den die eingeborene Bevölkerung durch ihr Wirken gewinnt.

Am 10. September 1919 wurde von den alliierten Hauptmächten (Vereinigte Staaten von Nordamerika, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Portugal) die Kongo- und die Antisklavereiakte zusammengefaßt und umgestaltet. Artikel 11 bezieht sich auf die Missionen. Der neue Text kennt zwar nicht mehr den besonderen Schutz der christlichen Missionen, er knüpft ferner die Zulassung der Missionare an die Bedingung, daß die Nation der Missionare Mitglied des Genfer Völkerbundes ist. Trotzdem wollten die unterzeichneten Staaten den Grundsatz der missionarischen Freizügigkeit im Kern bewahren, denn sie erklärten, daß die Missionare jeder dem Vertrag beitretenden Macht „ohne Rücksicht auf Nationalität und Kultus“ geschützt und gefördert werden sollten. Es verdient Beachtung, daß man selbst in der mit nationalen Spannungen außerordentlich geladenen Zeit nach dem Weltkrieg das Ideal der offenen Tür für alle Missionare wenigstens grundsätzlich nicht angetastet hat.

2. Wegen ihrer Vergangenheit erwecken die Mandatsgebiete in Afrika und Ozeanien unsere lebhafteste Aufmerksamkeit. Sie umschließen ein blühendes Missionswerk, an welchem die deutschen Missionare heute wieder einen bedeutenden Anteil besitzen. Es wirken deutsche Missionare in allen britisch verwalteten Mandatsgebieten Afrikas und in den ozeanischen Mandatsgebieten auf Neuguinea und Neupommern, auf den Karolinen und Admiralitätsinseln. Im britischen Teil Togos und Kameruns sowie auf den Karolinen und den Admiralitätsinseln sind seit dem Weltkrieg deutscherseits nur protestantische Missionare tätig, im britisch verwalteten Kamerun vereinzelt auch deutsche katholische Missionare, in den übrigen obengenannten Kolonien wirken deutsche Missionsgesellschaften

(Ordensprovinzen) beider Konfessionen. Die französisch verwalteten Teile Togos und Kameruns sind ohne deutsche Missionare. Die Mandatsgebiete Afrikas und Ozeaniens zählen auf katholischer Seite an deutschem Personal 358 Priester, 346 Laienbrüder und 552 Ordensschwwestern, die 233 000 getaufte Eingeborene betreuen und 2282 Schulen mit 72 000 Schülern unterhalten³. Das deutsche protestantische Missionswerk in den Mandatsgebieten umfaßt 184 Missionare, 77 Schwestern und 219 andere Mitarbeiter (Missionsfrauen, Ärzte, Handwerker usw.), es zählt 285 000 getaufte Eingeborene und 1712 Schulen mit 83 000 Schülern⁴. Die Summe des deutschen Missionspersonals in den Mandatsgebieten beläuft sich also auf 1726.

Das Schicksal dieser Missionen hängt an verschiedenen Völkerrechtsbestimmungen und politischen Maßnahmen. Für alle Mandatsgebiete erklärt Artikel 22, Absatz 1 der Völkerbundssatzung: „Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bildet eine heilige Aufgabe der Zivilisation“. Präsident Wilson hat dies auf der Friedenskonferenz am 14. Januar 1919 noch kräftig unterstrichen: „Wir erkennen in der feierlichsten Weise an, daß wir gegenüber den hilflosen und unentwickelten Völkern der Welt, gerade weil sie sich in diesem Zustande befinden, die Verpflichtung haben, in erster Linie ihre Interessen zu wahren, ehe wir sie unseren dienstbar machen“⁵. Aus der Erkenntnis, daß die Mission die vornehmste Trägerin der Kultur bei den primitiven Völkern ist, hätte der Schluß gezogen werden müssen, die deutschen Missionare in den Mandatsgebieten entweder zu belassen oder sie vollgültig zu ersetzen. Was tatsächlich geschehen ist, soll hier nicht erörtert werden, aber für die Gegenwart sei festgestellt, daß eine Behinderung oder gar Ausschaltung der Tätigkeit deutscher Missionare in den Mandatsgebieten mit einer empfindlichen Störung der Kulturpflege bei den Primitiven verbunden wäre. In den Missionskreisen, ob es deutsche, französische, italienische oder sonstige sind, herrscht darüber gar kein Zweifel. Aber auch Fernstehende werden einsehen, daß es schwer hält, 1726 Missionare und Missionshelfer auch nur rein zahlenmäßig mit einem Schlage zu ersetzen, daß es aber unmöglich ist, den neuen Missionaren im Handumdrehen die erforderlichen Sprach- und Landeskenntnisse zu vermitteln, die zur Fortführung des Werkes notwendig sind.

Während der angezogene Artikel der Völkerbundssatzung nur kraft eines allgemeinen Grundsatzes die Mission berührt, gehen die 1920 für die Mandatsgebiete genehmigten Statuten ausdrücklich auf die Rechtsstellung der Missionare ein. Für uns kommen nur die Statuten für die Mandatsgebiete der Klasse B (Togo, Kamerun und Deutsch-

³ Stand von Mitte 1939 nach den Angaben von Joseph Peters in dieser Zeitschrift I. (1940), S. 65 ff. Aus der Statistik ist allerdings nicht zu ersehen, wieviel reichsdeutsche und wieviel volksdeutsche Missionare gezählt werden.

⁴ Stand von 1938 nach den Angaben des H. Missionsinspektors Braun von der Berliner Mission.

⁵ Bei Poeschel, Die Kolonialfrage im Frieden von Versailles, Berlin 1920, S. 125.

ostafrika) und der Klasse C (Südwestafrika, Neuguinea und Südseeinseln) in Betracht. Die Bestimmungen über die Missionare in den Statuten für die Klasse B sind freiheitlicher als die in den Statuten für die Klasse C, doch brauchen wir darauf nicht näher einzugehen. Wichtig ist aber der Hinweis, daß die Zulassung von Missionaren in die Mandatsgebiete B und C davon abhängig gemacht wird, daß der Heimatstaat der Missionare dem Völkerbund angehört. Damit wurde ein Element in die Missionsfrage getragen, das 1. der Mission von Natur fremd ist, 2. bei strenger Durchführung ein Unrecht gegen die eingeborene Bevölkerung ist, deren Betreuung eine Verengung erfahren mußte, 3. die Verwaltung der Gebiete schädigt, weil fähige Mitarbeiter ausgeschaltet wurden, 4. mit der Erklärung von der heiligen Aufgabe der Zivilisation gegenüber den primitiven Völkern schlecht vereinbar war.

Wegen dieser Gründe, die unausgesprochen wirkten, ist die Verklammerung der Missionserlaubnis mit der Genfer Mitgliedschaft von Anfang an durchbrochen worden. Im australischen Mandatsgebiet konnten die Missionare mit geringen Ausnahmen bleiben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika schlossen in den Jahren 1922, 1923 und 1925 mit den Mandatsmächten Verträge ab, die u. a. die Völkerbundsklausel zugunsten ihrer Missionare außer Kraft setzten. Dem Deutschen Reich gelang es, mit der Südafrikanischen Regierung wegen Südwestafrika ein Übereinkommen zu treffen, worin bestimmt wurde: „Die deutschen Kirchen und die deutschen Missionen haben bisher und werden künftig von der Verwaltung von Südwestafrika eine wohlwollende Behandlung erfahren“. Im Jahre 1925 konnten die Benediktiner von St. Ottilien nach Ostafrika zurückkehren. Dies alles geschah, noch ehe das Deutsche Reich im September 1926 Mitglied des Völkerbundes wurde. Mit anderen Worten: Die Ausrichtung des Missionswerkes auf der politischen Grundlage der Genfer Einrichtung zeigte sich als schwache Theorie, die unter dem frischen Hauch der Wirklichkeit zusammenstürzte. So hat sich der Grundsatz von der Zulassung der Missionare „ohne Rücksicht auf die Nationalität“ doch wieder durchgesetzt und die Entwicklung steht heute dort, wo sie mit der Kongo-Akte 1885 so glücklich angefangen hatte. Alle Versuche, die Missionsfreiheit unter das politische Joch zu beugen, sind auf die Dauer gescheitert. Die Vergangenheit möge für die Zukunft eine Lehre sein.

3. In den Völkerkonflikten ist es für die Missionen die Kernfrage, ob ihre Neutralität von den kriegführenden Staaten anerkannt wird. Sie besagt negativ, daß die Staatsführung eines Missionslandes nicht Missionare nur deshalb interniert, verbannt oder sonstwie benachteiligt, weil sie Bürger des gegnerischen Staates sind; sie will positiv, daß alle Missionare ohne Unter-

schied der Nationalität das Werk der Glaubensverbreitung und Kultur unter dem Schutz der Landesgesetze auch während des Krieges fortsetzen können. Die innere Begründung der Neutralität der Mission ist gelegentlich des Weltkrieges eingehend behandelt worden⁶. Ich möchte das nicht wiederholen, sondern nur ein paar Bemerkungen praktischer Art hinzufügen.

Der schärfste Verstoß gegen den neutralen Charakter der Mission geschähe durch eine allgemeine Diskriminierung der deutschen Missionare (andere kommen im gegenwärtigen Krieg nicht in Frage) in den Kolonien und Dominions der Feindstaaten. Sie setzt voraus, daß die zuständigen Behörden alle deutschen Missionare einfach auf Grund ihrer Herkunft unterschiedslos für illoyale Bewohner halten. Darauf ist aber zu erwidern: Wer in langen Friedensjahren nicht nur im gewöhnlichen Sinne rein passiv loyal gewesen ist, sondern aktiv am Aufbau der Kultur und Wohlfahrt der Bevölkerung zur Zufriedenheit der Landesverwaltung mitgearbeitet hat, darf erwarten, daß man auch dann noch an seine Loyalität glaubt, wenn sein fernes Ursprungsland unglücklicherweise in einen Krieg verwickelt wird. Die Annahme, daß die Loyalität der Missionare mit Kriegsausbruch automatisch zu Fall komme, gründet sich bewußt oder unbewußt auf der weiteren Annahme, daß ihre Loyalität auch in Friedenszeiten nicht echt war. Daraus ergäbe sich als letzte Forderung, daß überhaupt keine fremdvölkischen Missionare in den Kolonien zuzulassen seien und in britischen Kolonien z. B. nur britische Missionare wirken dürften. Ein solcher Grundsatz aber würde 1. das Missionswerk auf weite Strecken lahmlegen, 2. gegen das in der Neuzeit geltende Völkerrecht verstoßen.

Was wir beanstanden, ist die etwaige allgemeine Diskriminierung der deutschen Missionare, die keine andere Tatsache zur Grundlage nimmt, als daß bei ihnen ein fremdstaatlicher Reisepaß gefunden wurde. Sollte sich jemand durch persönliche Schuld, was jeweils zu beweisen wäre, gegen die Sicherheit des Landes vergangen haben, so verfalle er dem Arm der Gerechtigkeit. Wir sind aber überzeugt, daß die deutschen Missionare ihre bürgerlichen Pflichten kennen und erfüllen, daß sie an Loyalität dem französischen Missionsbischof Couppé auf

⁶ Vgl. z. B. M. Größer, Die Neutralität der katholischen Heidenmission, Aachen 1920. Erzabt N. Weber, Mission und Politik unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der deutschen Missionare, in: Düsseldorfer Missionskursus 1924, S. 142 ff. Frick, Nationalität und Internationalität der christlichen Mission, Gütersloh 1917. G. Goyau a. O. 115 ff.

Neupommern (Südsee) nicht nachstehen, der den eindringenden Spähern 1914 die Antwort erteilte: „Ich werde ein Land nicht verraten, das mir mehr als zwanzig Jahre Gastrecht gewährt hat“.

Im Weltkrieg war die Lage der Missionen deshalb sehr gefährdet, weil die kriegerische Auseinandersetzung sofort in die Kolonien hineingetragen wurde. Gegenwärtig können dort keine Kampfhandlungen stattfinden, was sowohl für die Missionen als auch für die betreffenden Landesregierungen eine wesentliche Erleichterung bedeutet. Soweit die Nachrichten in den ersten Monaten seit Kriegsausbruch erkennen lassen, werden die Missionen insgesamt und die deutschen Missionare im besonderen durchgehends verständnisvoller und milder behandelt als es im Weltkrieg 1914/18 geschehen ist. Es würde dem Rechtsempfinden der ganzen christlichen Welt und den besten Traditionen des Völkerrechts entsprechen, wenn alle unbilligen Härten unterblieben und der Krieg an den Toren der Kirchen und Missionsstationen für alle Zukunft Halt machen würde.

Instruktionen der Propaganda-Kongregation für die Auswahl einheimischer Missionsordinarien und für Missionsberichte.

Von Prof. Dr. M. Bierbaum.

I. Die Auswahl der Missionsordinarien. — Vom Beginn der Kirche an stand die Auswahl geeigneter Oberhirten im Vordergrund ihres Interesses. Die Wahl wurde durch religiöse Akte vorbereitet und begleitet und im Laufe der Jahrhunderte gewohnheitsrechtlich und durch positive Gesetzgebung geregelt unter wechselndem Einfluß der Gemeinden und des Klerus, der Metropolen und Bischöfe, der Domkapitel und weltlicher Mächte. Nach der Gründung der Propaganda und nachdem seit dem 17. Jahrhundert neben die bisher übliche hierarchische Grundform der Diözesanverfassung die Apostolischen Vikariate getreten waren, überließ der Papst mehrere Male, z. B. für die fernöstlichen Missionen Asiens, den dortigen Apost. Vikaren die Auswahl eines Oberhirten für Nachbargebiete¹. In der Regel aber beteiligte sich seitdem die Propaganda in entscheidender Weise an der Auswahl der Kandidaten, wie z. B. aus dem Fragenformular der Propaganda an das Pariser Missionsseminar v. J. 1798 ersichtlich ist (Fragen bez. der notwendigen Eigenschaften eines Bischofskandidaten); in allmählicher Entwicklung bediente sich dann die Propaganda der Vorschläge der Generaloberen jener Institute, denen ein Missionsgebiet anvertraut war, dann auch der Vorschläge der Nuntien oder Apostolischen Delegaten und der für alle

¹ Th. Grentrup, Zur Geschichte und Ernennung der Apostol. Vikare, ZM 1926, S. 107 ff.